



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 93. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

(101. Sitzung)

Europaausschuss

(39. Sitzung)

Bildungsausschuss

(50. Sitzung)

am Montag, dem 30. November 2020, 10 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Stefan Weber (SPD)	Vorsitzender
Tim Brockmann (CDU)	i. V. v. Volker Nielsen
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Annabell Krämer (FDP)	
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Tim Brockmann (CDU)	
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	i. v. v. Lukas Kilian
Kathrin Bockey (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Aminata Touré (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Jörg Hansen (FDP)	i. V. v. Jan Marcus Rossa
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Tim Brockmann (CDU)	i. V. v. Peter Lehnert
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	
Tobias von der Heide (CDU)	
Bernd Heinemann (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Tobias von der Heide (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

i. V. v. Andreas Hein

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Marlies Fritzen

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Frank Brodehl (fraktionslos)

Fehlende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an den Ausfallfonds für Film- und Fernsehproduktionen in Höhe von 2,5 Millionen €	6
Antrag der Staatskanzlei Umdruck 19/4872	
2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2400	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2401	
Einzelplan 03, Kapitel 12 03 und 16 03 Staatskanzlei	7
Umdrucke 19/4890, 19/4882, 19/4883 und 19/4887	
Einzelplan 04, Kapitel 12 04 und 16 04 Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung	9
Umdrucke 19/4886, 19/4882, 19/4883 und 19/4887	
Einzelplan 15 Landesverfassungsgericht	17
Einzelplan 09, Kapitel 12 09 und 16 09 Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz	18
Umdrucke 19/4889, 19/4882, 19/4883 und 19/4887 und vertraulicher Umdruck 19/4896	
Einzelplan 07, Kapitel 12 07, 12 12 und 16 07 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	22
Umdrucke 19/4897, 19/4882, 19/4883 und 19/4887	
Einzelplan 05, Kapitel 12 05 und 16 05 Finanzministerium	26
Umdrucke 19/4891, 19/4882, 19/4883 und 19/4887	
Einzelplan 11, Kapitel 12 11, 12 20, 12 21, 12 22, 16 11 und 16 12 Allgemeine Finanzverwaltung	27
Umdrucke 19/4898, 19/4882, 19/4883 und 19/4887	

3. Verschiedenes

30

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an den Ausfallfonds für Film- und Fernsehproduktionen in Höhe von 2,5 Millionen €

Antrag der Staatskanzlei
[Umdruck 19/4872](#)

Auf eine Frage von Abg. Harms antwortet Staatssekretär Schrödter, Chef der Staatskanzlei, wenn es coronabedingt zu einer Produktionsunterbrechung komme, würden Gelder nur an diejenigen Unternehmen ausgezahlt, die ihren Sitz im Land hätten. Es handele sich um eine vorsorgende Maßnahme, und die Verwendung der Unterstützungsgelder aus dem Fonds werde landesspezifisch abgerechnet.

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss der geplanten Verwendung von Mitteln des Nothilfekredits in Verbindung mit § 8 Absatz 17 des Haushaltsgesetzes 2020 zu, Umdruck 19/4872.

2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2400](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2401](#)

(überwiesen am 30. Oktober 2020)

**Einzelplan 03, Kapitel 12 03 und 16 03
Staatskanzlei**

[Umdrucke 19/4890, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)

Staatssekretär Schrödter, Chef der Staatskanzlei, führt in Einzelplan 03 ein (Anlage 1).

Kapitel 03 01 - Ministerpräsident, Staatskanzlei

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - versichert Herr Schrödter, die Teilung des Referats erfordere die angesprochenen Stellenhebungen, aber keine zusätzlichen Stellen in der Staatskanzlei.

Zu Titel 427 05 - Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten - bittet Abg. Raudies die Staatskanzlei aufzulisten, wie viele Praktikantinnen und Praktikanten im Jahr 2020 in der Staatskanzlei tätig gewesen seien (außer Praktikantinnen und Praktikanten im beruflichen oder studentischen Anerkennungsjahr).

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. Ä. - erwidert Staatssekretär Schrödter, die Haushaltsmittel für Rechtsanwaltskosten dienen der Abarbeitung laufender Verfahren und seien nicht für besondere Fragestellungen eingeplant.

Zu Titel 535 02 - Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein - möchte Abg. Raudies wissen, an wen der Auftrag zur Erarbeitung einer Potenzialstudie zu smarter, nachhaltiger und

innovativer Entwicklung in Schleswig-Holstein vergeben worden sei. Abg. Herdejürgen bittet darum, dem Finanzausschuss die Ergebnisse der Potenzialstudie zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 684 02 - Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitenpolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet - erwidert Staatssekretär Schrödter, für die Mittelverwendung gebe es keine Richtlinien oder festen Kriterien, um die Flexibilität bei der Förderung zu behalten.

Auf eine Frage von Abg. Harms zu Titel 685 03 - Sicherstellung der Arbeit der Lokalradios - sagt Staatssekretär Schrödter zu, dem Ausschuss den Zeitplan für die Erarbeitung der Konzeption zuzuleiten.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 685 01 - Zuwendungen an den Offenen Kanal Schleswig-Holstein - antwortet Staatssekretär Schrödter, im Zusammenhang mit dem Abschluss des Zuwendungsvertrags mit dem Offenen Kanal stimme man die Projektliste eng ab.

Kapitel 03 02 - Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Auf eine Frage von Abg. Petersdotter zu Titel 529 02 - Zur Verfügung für Repräsentation und Veranstaltungen des Landes in Berlin - antwortet Staatssekretär Schrödter, der Haushaltsansatz werde wieder auf den Stand vor 2020 angehoben. Das geplante Veranstaltungsprogramm der Landesvertretung werde dem Kabinett Anfang 2021 vorgestellt und müsse mit Niedersachsen abgestimmt werden.

Kapitel 03 05 - Ressortübergreifende Organisationsangelegenheiten und Ausbildung

Bei Titel 533 01 - Ausgaben für Organisationsuntersuchungen und Werkverträge - bittet Abg. Poersch die Landesregierung, dem Parlament die Ergebnisse der Evaluierung des Hanse-Office in Brüssel vorzulegen.- Eine Frage von Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, beantwortet Staatssekretär Schrödter dahin, der Haushaltsansatz liege traditionell bei 1,8 Millionen €. - Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Aufbau und Pilotierung eines Personalberichtswesens für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein, antwortet er, man wolle den

Personalbericht auf der Grundlage von KoPers komfortabler gestalten.- Abg. Raudies bittet darum, das Thema Optimierung und Umfang des Personalberichts zu gegebener Zeit auf die Tagesordnung des Finanzausschusses zu setzen. - Abg. Harms bittet darum, dem Ausschuss den Ausschreibungstext zum Projekt „Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung der nationalen Minderheiten und Volksgruppen“ zuzuleiten.

Zu Titel 535 02 - Ausgaben für die Zentrale Personalentwicklung - bittet Abg. Raudies um Auflistung, wie viele Personen aus welchen Ressorts mit welcher Förderung an den unterschiedlichen Personalentwicklungs- beziehungsweise Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen hätten. - Staatssekretär Schrödter teilt mit, bei der Dienstbesprechung des Ministerpräsidenten mit den Abteilungsleitungen fielen in erster Linie Bewirtungskosten an.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Maßnahmegruppe 01 - Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - antwortet Staatssekretär Schrödter, die Sicherung der Ausbildung der Nachwuchskräfte in Altenholz und Bordesholm sei ihm ein großes Anliegen. Digitalisierung und Lernen auf Distanz seien in Coronazeiten weiter vorangetrieben worden. Er regt an, dass der Präsident der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung die Arbeit des Ausbildungszentrums einmal im Finanzausschuss vorstelle.

**Einzelplan 04, Kapitel 12 04 und 16 04
Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und
Gleichstellung**

[Umdrucke 19/4886, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)

Die Innenministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, führt in den Einzelplan 04 ein (Anlage 2).

Kapitel 04 01 - Ministerium

Auf eine Frage von Abg. Petersdotter zu Titel 883 01 - Förderung kommunaler E-Sport-Häuser - erläutert Herr Dietrich, stellvertretender Leiter des Projektes „Zukunftsplan Sportland Schleswig-Holstein“ des Innenministeriums, bei Gesamtkosten von 240.600 € im Jahr 2020 habe die beantragte Summe 196.000 € betragen. Der Titel von 100.000 € sei somit um knapp 96.000 € überzeichnet. Nach der Prüfung der Anträge, ob sie den Förderkriterien - Förderung der Medienkompetenz und Einhaltung des Kinder- und Jugendschutzes sowie Vorhalten von

Bewegungsangeboten - entsprechen, würden in dieser Woche die Förderbescheide verschickt. Herr Dietrich erinnert daran, dass es das Ziel des Gesetzgebers gewesen sei, die Schaffung einer kommunalen Infrastruktur, auch im ländlichen Raum, mit diesem Titel zu fördern. - Auf eine Nachfrage des Abg. Harms berichtet Herr Dietrich, maßgeblich für die Förderentscheidung sei keinesfalls das Eingangsdatum, sondern es finde immer eine inhaltliche Prüfung in Bezug auf die Förderkriterien statt. Alle elf Projekte, die Förderung beantragt hätten, würden tatsächlich gefördert, hiervon 10 Projekte wahrscheinlich vollumfänglich, ein elftes Projekt, das eine Fördersumme von 100.000 € beantragt habe, teilweise. Er gehe davon aus, dass alle elf Projekte im Jahr 2021 fortgeführt werden könnten.

Abg. Rother thematisiert Titel 428 01 - Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Angesichts des Vorliegen eines Tarifvertrages erschließe sich ihm grundsätzlich nicht der Sinn eines Beförderungspaketes. Auf seine Nachfrage, worauf sich die „aktuellen Entwicklungen“ in der diesbezüglichen Antwort der Landesregierung bezögen, erläutert Frau Kubsch, Stellvertretende Leiterin des Haushaltsreferates im Innenministerium, es handele sich um das beschlossene Beförderungspaket, welches im Rahmen der Nachschiebeliste in den Entwurf übernommen werden solle.

Abg. Raudies fragt zu Titel 526 09 - Kosten für Einstellungsverfahren. Frau Kubsch berichtet, es handele sich um die Kosten für Assessmentcenter bei der Besetzung von Abteilungsleiterstellen. Auf die Nachfrage der Abg. Raudies, welche Stellen damit 2020 besetzt worden seien, erläutert Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, zum Beispiel sei dies die Leitungsstelle der Verfassungsschutzabteilung im Ministerium gewesen. - Sie sichert zu, eine Aufstellung für das Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen.

Zu Titel 533 02 - Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten - möchte Abg. Rother wissen, was im Jahr 2020 geprüft worden ist, welche Mängel festgestellt worden und welche Klageverfahren es gegeben hat.

Abg. Rother fragt zum Titel 613 01 - Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen -, ob es hier konkrete Vorhaben von Gemeinden im Lande gebe. - Frau Kubsch antwortet, dies sei nicht der Fall. Im Weiteren wolle sie daran erinnern, dass die Aufstockung dieses Titels auf einen Fraktionsantrag zurückgehe. - Abg. Raudies entgegnet,

nunmehr handele es sich jedoch um einen Haushaltsentwurf, den die Landesregierung vorgelegt habe, nicht um einen Fraktionsantrag. - Frau Kubsch antwortet, in der Tat sei der Titel im Haushaltsentwurf von 200.000 € auf 350.000 € erhöht worden, es sei jedoch beabsichtigt, über die Nachschiebeliste gegenzusteuern.

Abg. Rother fragt zu Titel 546 03 - Ausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung glücksspielrechtlicher Vorschriften -, warum die in der Antwort der Landesregierung unter 1. aufgeführte Form der Überwachung nicht in Anspruch genommen worden sei und wie viele Untersagungsverfahren es gegeben habe. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert die schriftliche Beantwortung zu.

Auf Fragen der Abg. Raudies und Rother zu Titel 632 07 - Beiträge für ländereinheitliche Verfahren nach dem Glücksspielstaatsvertrag - erläutert Frau Kubsch, die gestiegenen Aufwendungen betreffen insbesondere Kosten des IT-Verfahrens bei den Ausschreibungen. Sie sichert zu, den Finanzausschuss über den technischen Ablauf und die dem Land entstandenen Kosten schriftlich zu informieren.

Zum Haushaltstitel 526 10 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. - fragt Frau Raudies zur Bedarfsanalyse des ambulanten und stationären Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen. - Frau Dr. Storf, Leiterin der Stabsstelle „Gleichstellung der Geschlechter, Schutz von Frauen vor Gewalt“ im Innenministerium, berichtet, das Institut Zoom habe eine erste Fassung der Bedarfsanalyse übersandt, zu der jedoch noch Rückfragen bestünden. Sobald die endgültige Fassung der Bedarfsanalyse vorliege, werde der Landtag hierüber informiert. Hierfür gebe es jedoch noch keinen Zeitplan. Im Moment sei das Ministerium damit befasst, die festgestellten Bedarfe mit den vorhandenen Haushaltsmitteln abzugleichen. - Abg. Raudies meint, es sei unwahrscheinlich, dass die vorhandenen FAG-Mittel und Haushaltsmittel ausreichen, um die Bedarfe zu decken. Angesichts des Zieles, im Februar 2021 einen Haushalt zu beschließen, mahne sie hier die Landesregierung zur Eile, um in der Sache weiterzukommen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Raudies zur Gleichstellungsstrategie berichtet Frau Dr. Storf, wahrscheinlich werde die Landesregierung ein Gutachten hierzu in Auftrag geben, um den Einfluss des Einsatzes von künstlicher Intelligenz zu beleuchten. Im Moment befinde sich der Vorschlag einer Gleichstellungsstrategie noch in der öffentlichen Befassung.

Abg. Petersdotter regt an, die noch nicht verausgabten Mittel des Titels 633 09 - Ausgleich von coronabedingtem Mehraufwand bei Frauenfacheinrichtungen bei Zunahme häuslicher Gewalt - in das nächste Jahr zu übertragen. - Minister Dr. Sütterlin-Waack antwortet, dies könne mit der Nachschiebeliste geschehen. - Abg. Raudies erinnert daran, dass diese Haushaltsmittel Teil der Corona-Sonderhilfe und somit mehrjährig seien.

Abg. Raudies fragt, warum die Zuweisungen an Kommunen ab 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Ausgleich von Mehrkosten für die Beschäftigung von kommunalen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten - Titel 633 08 - von Gemeinde zu Gemeinde so unterschiedlich hoch ausfielen. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack antwortet, es handele sich in der Tat nur um Aufstockungsbeträge, die jedoch in der Höhe variierten, je nachdem, wie hoch die betreffenden Ausgaben der Gemeinde für Gleichstellungsbeauftragte vorher gewesen seien. - Auf eine Nachfrage der Abg. Raudies zur Tätigkeit der Kommunalaufsicht in Bezug auf Schwentinental berichtet Frau Dr. Storf, in der Regel gelinge es, einvernehmliche Lösungen mit den Kommunen zu finden.

Abg. Raudies stellt fest, dass aus der Antwort der Landesregierung hervorgehe, dass sich bei der Fachstelle für Prostituierte nach dem ProstSchG - Titel 684 01 - in diesem Jahr eine stark erhöhte Nachfrage abzeichne. - Frau Dr. Storf bestätigt dies. Zudem habe sich der Schwerpunkt der Beratung hin zu Aus- und Umstiegsberatung sowie Hilfe bei der Beantragung von Grundsicherung verlagert. Bisher sei der gesteigerte Beratungsbedarf mit der vorhandenen Personalausstattung abdeckbar gewesen.

Auf eine Frage der Abg. Raudies zu Titel 684 18 - Umsetzung des Wohnraumprojekts - erläutert Frau Dr. Storf, in der Tat seien die Servicestellen personell gleich ausgestattet. - Abg. Raudies weist auf Unterschiede in der Vermittlungsquote hin, beispielsweise im Vergleich der Servicestelle 3 a und 3 b. - Frau Dr. Storf erklärt, dies erkläre sich durch Personalwechsel. - Auf die Bitte der Abg. Raudies sichert Frau Dr. Storf zu, den Ausschuss schriftlich zu informieren, aus welchen Gründen die Stellen wie besetzt waren und wie sich dies auf die Vermittlungsquote niedergeschlagen habe.

Kapitel 04 02 - Sport

Auf Bitten der Abg. Raudies sichert Ministerin Dr. Sütterlin-Waack zu, den Ausschuss zu informieren, wer Zahlungsempfänger des Projektes „Trainerinnen und Trainer machen Schule - das Basketballprogramm für Kinder und Jugendliche“ - Haushaltstitel 684 06 - ist.

Kapitel 04 05 - Feuerwehrwesen, Katastrophen- und Zivilschutz

Zur Landesfeuerweherschule - MG 01 - berichtet Abg. Raudies, wie dem Ministerium bekannt sei, gebe es Vorschläge, die Schule an einen anderen Standort zu verlagern. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack bestätigt, dass ihr diese Überlegungen bekannt seien. Die Landesregierung trete diesen jedoch nicht näher. Sollte es hier zu Veränderungen kommen, werde sie den Ausschuss entsprechend schriftlich unterrichten. - Abg. Raudies fragt zu den Kosten für die Ausbildung der Berufsfeuerwehrleute zur Sicherstellung des Brandschutzes im Fehmarnbelt-Tunnel. - Minister Dr. Sütterlin-Waack bestätigt, dass hierzu im Haushaltsjahr 2021 keine Kosten veranschlagt seien. Selbstverständlich werde die Landesregierung das entsprechende Urteil aber beachten und den Ausschuss zu gegebener Zeit entsprechend informieren.

Auf eine Nachfrage der Abg. Raudies zu Titel 525 05 - Feuerwehrwesen, Aus- und Fortbildung - berichtet Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, die Aufnahme von E-Learning-Angeboten gehe auf entsprechende Anregungen des Landesfeuerwehrverbandes und einzelner Wehren zurück. In der Tat bestehe die Ausbildung auch aus entsprechenden theoretischen Inhalten, die sich mittels E-Learning gut vermitteln ließen. Gleichwohl sei dies zu Beginn mit gewissen Kosten verbunden. Der Landesfeuerwehrverband werde in Kürze ein entsprechendes Konzept vorlegen. - Abg. Raudies bittet um Übersendung dieses Konzeptes und der Finanzierung.

Kapitel 04 07 - Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Zu Titel 535 02 - Stärkung der Einbürgerungskampagne - schlägt Abg. Rother vor, dass die Landesregierung den Innen- und Rechtsausschuss zu gegebener Zeit über den Inhalt der Kommunikationskampagne informiert. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert dies zu. - Abg. Krämer meint, dass die Einbürgerungskampagne ursprünglich auf zwei Jahre angelegt worden sei und daher im Jahr 2021 nicht weiterlaufen solle. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert zu, die diesbezügliche Antwort der Landesregierung zu Titel 633 07 schriftlich zu ergänzen.

Abg. Rother fragt zur Seelsorge in der Abschiebehaftanstalt Glückstadt - Titel 684 06. Ministerin Dr. Sütterlin-Waack berichtet, dass es hierzu Gespräche mit den Kirchen gebe. Sie stimmt Abg. Rother in der Annahme zu, dass es auch einen großen Anteil nicht-christlicher Abzuschiebender geben werde. Sie werde die Ausschüsse schriftlich über das entsprechende Konzept informieren.

Auf eine Bitte der Abg. Herdejürgen zu Titel 531 01 - Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit - sichert Ministerin Dr. Sütterlin-Waack zu, den Ausschuss zu informieren, welche Stellen noch nicht besetzt werden konnten.

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert auf Bitte des Abg. Rother zu, dem Finanzausschuss vertraulich zu informieren, um welches Verfahren es sich bei den angegebenen Kosten von 41.900 € zu Titel 526 65 - Gerichts- und ähnliche Kosten handelt.

Abg. Raudies und Abg. Touré fragen zu Titel 684 07 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen -, ob Integrationslotsen weiter gefördert würden. - Minister Dr. Sütterlin-Waack berichtet hierzu, es gebe hierüber Gespräche mit dem Landessportverband. - Abg. Ostmeier erinnert daran, dass schon wiederholt vereinbart worden sei, dass der Landessportverband ein Konzept für Integrationslotsen mit der Landesregierung vereinbare. Ihres Wissens habe der Landessportverband nunmehr durchaus ein Konzept vorgelegt; sie frage daher nach dem Stand der Gespräche zwischen Land und Landessportverband über die Kostenaufteilung. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack entgegnet, ihr liege kein entsprechendes Konzept vor. Der Landessportverband erwarte eine Übernahme des Großteils der Kosten durch das Land. - Abg. Ostmeier berichtet, Integrationsförderung gehöre nicht zu den Kernaufgaben des Landessportverbandes. Ihres Wissens werde zwar der Paritätische als Dachverband des Landessportverbandes durch das Sozialministerium gefördert, nicht jedoch der Landessportverband, der insofern durchs Netz falle. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert zu, den Ausschuss zu informieren, ob es zu dieser Frage Gespräche mit dem Sozialministerium gegeben habe. - Abg. Ostmeier weist schließlich darauf hin, dass die Erhöhung um 250.000 € für die Sanierung vereinseigener Sportstätten gedacht sei. - Frau Kubsch bestätigt dies.

Kapitel 04 08 - Landesplanung und ländliche Räume

Auf eine Frage der Abg. Herdejürgen zu Titel 526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten, u. ä. - weist Frau Kling, Leiterin des Landesentwicklungsreferates im Innenministerium, auf die Deckungsfähigkeit dieses Titels zu Titel 533 01 - Ausgaben aufgrund von Werksverträgen oder anderen Auftragsformen - hin, die auch in den letzten Jahren regelmäßig ausgenutzt worden sei. - Auf Bitte der Abg. Herdejürgen sichert Frau Kling zu, das Rechtsgutachten zu Einzelfragen zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne zum Sachthema Wind sowie das Gutachten Einzelhandel zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplans dem Ausschuss schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Abg. Raudies fragt zu Titel 526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. - nach dem Gutachten zur strategischen Umweltprüfung zur Neuaufstellung der Regionalpläne/Sachthema Rohstoffe. - Frau Kling antwortet, das Gutachten werde durch die UmweltPlan GmbH Stralsund erstellt. Es sei gesetzlich vorgesehen, zu allen raumrelevanten Fragestellungen Umweltprüfung durchzuführen. Im Mittelpunkt stünden hier die Eignung von Gebieten für die Rohstoffgewinnung. - Auf Bitte der Abg. Raudies sichert Frau Kling zu, den Ausschuss über Inhalt und Anlass dieser strategischen Umweltprüfung schriftlich zu informieren.

Abg. Bockey spricht Titel 633 71 - Zuweisungen in der Metropolregion - an. Angesichts der vorliegenden OECD-Studie und der darauffolgenden Einrichtung von Arbeitsgruppen kämen ihrer Auffassung nach zusätzliche Aufgaben auf die Metropolregion zu. Sie frage daher, wie diese aus dem Titel bewerkstelligt werden sollen. - Frau Kling berichtet, für die Metropolregion seien zwei Haushaltstitel eingerichtet: zum einen in der Titelgruppe 6 für nicht investive Mittel, zum anderen in der Titelgruppe 8. In den vergangenen Jahren seien bedauerlicherweise auch nicht investive Ausgaben über den Titel der Titelgruppe 8 abgewickelt worden. Dies sei mit dem nun vorliegenden Entwurf nunmehr korrigiert. Aus der Richtlinie und dem Kooperationsvertrag mit den Trägerinnen und Trägern der Metropolregion ergebe sich, dass mindestens die Hälfte der Förderung für nicht investive Zwecke verausgabt werden müsse. Zwar seien in der Folge der OECD-Studie in der Tat viele Projekte zu fördern. Es handele sich hierbei jedoch nicht um neue Ausgaben, da die entsprechenden Projekte auch in den vergangenen Jahren gefördert worden seien, weil die Landesregierung einen strategischen Ansatz zur Weiterentwicklung der Metropolregion verfolge. Da es in diesem Jahr zu keiner Bewilligung gekommen sei, sei es laut Staatsvertrag möglich, die entsprechenden Fördermittel in das Folgejahr zu

übertragen, sodass sie davon ausgehe, dass alle genannten Projekte einschließlich kommunaler Projekte in Gänze gefördert werden könnten, soweit sie zuwendungsfähig sind.

Auf eine Nachfrage der Abg. Bockey zum Jahr 2020 berichtet Frau Kling, dass es im Jahr 2020 de facto keine Anträge gegeben habe. Die Metropolregion habe vielmehr die Empfehlungen der OECD aufgearbeitet mit der Folge, dass keine Kapazitäten bestanden hätten, um neue Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das Ministerium habe somit kein beantragtes Projekt abgelehnt. Auf einen Antrag der Gemeinde Eddelak auf Förderung einer Schutzhütte für den Fernradwanderweg habe das Ministerium mit Qualitätsanforderungen geantwortet, die die Gemeinde jedoch nicht habe erfüllen wollen.

Abg. Poersch fragt zur Finanzierung der OECD-Arbeitsgruppen nach. - Frau Kling stellt klar, dass die Arbeitsgruppen nicht vom Land finanziert würden, sondern nur etwaige externe Gutachterkosten.

Kapitel 04 10 - Polizei

Abg. Raudies und Abg. Rother thematisieren die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition, insbesondere in der Ostsee (Titelgruppe 68). - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack sichert zu, zur Frage der Zuständigkeit (MILIG oder MELUND) und zum Stand der Verhandlungen mit dem Bund zur Finanzierung dem Ausschuss schriftlich zu berichten.

Auf Bitte der Abg. Bockey sichert Frau Kubsch zu, zu Titel 272 01 - Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit - zu berichten, welche Projekte 2019 bezuschusst worden sind.

Ministerin Dr. Sütterlin-Waack bestätigt auf eine Frage der Abg. Raudies, dass es sich bei den Maßnahmen im Rahmen der Nachwuchswerbung der Polizei - Titel 531 01 - um zusätzliche Maßnahmen zu den Werbemaßnahmen der Staatskanzlei handele. - Herr Tietje, Mitarbeiter im Haushaltsreferat des Innenministeriums, ergänzt, dies sei angesichts der besonderen Lage auf dem Stellenmarkt für Polizeinachwuchskräfte erforderlich. - Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, fragt zu einer Evaluation der Werbemaßnahmen. - Minister Dr. Sütterlin-Waack meint, zum Glück sei die Bewerberlage bislang recht gut. - Herr Tietje ergänzt, die Bewerbungs- und Einstellungsstelle Eutin evaluiere regelmäßig die Werbemaßnahmen.

Abg. Rother fragt nach einer möglichen Verlängerung der Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Landesprogramms Einbruchschutz - Titel 893 66. - Ministerin Dr. Sütterlin-Waack hebt hervor, dass die Einbruchskriminalität in Schleswig-Holstein rückläufig sei. Es handele sich um ein erfolgreiches Landesprogramm, über dessen Fortführung noch nicht entschieden sei.

Abg. Raudies fragt nach der beabsichtigten Kürzung des Titels 531 66 - Öffentlichkeitsarbeit des Landespräventionsrates. - Herr Kassun, Leiter des Referates „Landespräventionsrat, Landesdemokratiezentrum, Prävention“ des Innenministeriums, berichtet, 2019 sei ein aufwendiger Filmspot produziert worden. Es werde zudem nicht generell die Öffentlichkeitsarbeit reduziert, sondern nur in dieser spezifischen Titelgruppe.

(Unterbrechung 12:37 bis 14:02 Uhr)

Einzelplan 15 Landesverfassungsgericht

Dr. Bernhard Flor, Präsident des Landesverfassungsgerichts, führt in den Einzelplan 15 ein (Anlage 3). Er ergänzt, im Falle der Annahme des Gesetzentwurfs der Abgeordneten des SSW zur Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde - Drucksache 19/719 - sei wahrscheinlich eine Abordnung von 2,0 richterlichen Arbeitskraftanteilen an das Gericht erforderlich.

Auf eine Nachfrage des Abg. Rother stellt Präsident Dr. Flor klar, wenn die Verfassungsbeschwerde nur für die sogenannten überschießenden Grundrechte eingeführt werde, so sei keine Aufstockung des Sach- und Personalhaushaltes in nennenswertem Umfang erforderlich. In den zwölf Bundesländern, die eine Individualverfassungsbeschwerde auf Landesebene eingeführt hätten, sei es nicht zu einer Erhöhung der Entschädigung für die Verfassungsrichterinnen und -richter gekommen.

Einzelplan 09, Kapitel 12 09 und 16 09
Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

[Umdrucke 19/4889, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)
[und vertraulicher Umdruck 19/4896](#)

Minister Claussen führt in den Einzelplan 09 ein (Anlage 4).

Kapitel 09 02 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Abg. Raudies fragt zur Anmietung von Prüfungsräumen für das erste juristische Staatsexamen (Titel 518 01 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume). - Minister Claussen weist darauf hin, dass es sich beim ersten Staatsexamen nicht um einen universitären Abschluss handele, sodass nicht die Universität Kiel, sondern das Ministerium zuständig und verantwortlich sei. - Herr Dr. Bahrenfuss, Leiter der Rechtsabteilung des Justizministeriums, ergänzt, durch den Neubau des Juridicums an der Universität Kiel seien dort nunmehr leider keine geeigneten Räumlichkeiten für das Staatsexamen vorhanden. Zur Einhaltung der coronabedingten Abstandsregeln sei es zudem erforderlich, auf große, angemietete Räumlichkeiten auszuweichen, auch, um Personalkosten durch eine Erhöhung der Prüfungstermine einzusparen.

(nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzungsteil 14:25 bis 14:30 Uhr)

Kapitel 09 03 - Justizvollzugsanstalten

Zu Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) nimmt Abg. Rother Bezug auf die mündliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zum Entwurf eines Justizvollzugsmodernisierungsgesetzes (Drucksache 19/2381). Die Gewerkschaft der Polizei habe hierbei den Hinweis gegeben, dass der beabsichtigte Aufwuchs bei den Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst nach Auskunft der Gutachter von PWC nicht ausreiche, um die zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. - Minister Claussen antwortet, die Personalbedarfsanalyse Justizvollzug sei bereits im Landtag vorgestellt worden und seiner Auffassung nach schlüssig. Somit könne er die geäußerte Kritik zumindest nicht in der Dramatik nachvollziehen. Es gebe einen Personalaufbaupfad für die Be-

setzung der Stellen, der im Jahr 2021 beginne. - Auf eine entsprechende Frage des Abg. Rother zur Ausbildung in der Schule Boostedt für den allgemeinen Vollzugsdienst bestätigt Minister Claussen, dass es wichtig sei, dass das Land selbst ausbilde, da der Arbeitsmarkt kaum entsprechend qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stellen könne. Insgesamt werde es seiner Auffassung nach mit der Modernisierung des Justizvollzuges nicht zu nennenswerten Mehrbedarfen kommen, die nicht mit den jetzt vorgesehenen Änderungen abdeckbar seien. - Herr Kilian-Georgus, stellvertretender Leiter der Justizvollzugsabteilung im Justizministerium, ergänzt, mit dem Umzug der Justizvollzugsschule nach Boostedt seien die Ausbildungskapazitäten erhöht worden, sodass die Grundlagen geschaffen seien, um mehr Anwärter auszubilden. Wichtig sei nunmehr, mit einer entsprechenden Personalanwerbestrategie die vorhandenen Stellen zu besetzen. Es sei bereits festzustellen, dass die Bewerberzahlen zugenommen hätten. Zur Kritik der Gewerkschaft der Polizei ergänzt er, dass dem Gutachter die angedachten Gesetzesänderungen, die sich im Moment in der Ausschussberatung befänden, bereits mitgeteilt worden seien und somit in die Personalbedarfsanalyse eingeflossen seien.

Auf eine Rückfrage der Abg. Ostmeier erläutert Herr Kilian-Georgus, dass permanent ausgebildet werde und jährlich ungefähr 50 Anwärter für die vorhandenen Stellen zur Verfügung stünden. Zwischenzeitlich frei werdende Stellen würden mit Tarifbeschäftigten besetzt. - Minister Claussen ergänzt, die Anwärterstellen im Justizvollzug seien von 2018 zu 2019 von 87 auf 102 erhöht worden.

Kapitel 09 11 - Europaangelegenheiten

Zu Titel 684 05 - Beiträge an die Nordseekommission und an die „Konferenz der Peripheren Küstenregionen“ (KPKR) - fragt Abg. Poersch nach dem Beitrag Schleswig-Holsteins im Rahmen der Post-2020-Strategie, der Berücksichtigung der Brexit-Folgen, zur INTERREG-Debatte und zur integrierten Meerespolitik. - Herr Pfannkuch, Leiter des Projektes „Zusammenarbeit mit Dänemark, INTERREG VI, Europäische Informations- und Kommunikationsarbeit“ des Justizministeriums, antwortet, zur Integrierten Meerespolitik liege die Federführung nicht beim Europaministerium. Die Strategie der Nordseekommission für das Jahr 2030 sei Anfang des Monats beschlossen worden. Schleswig-Holstein habe sich im Wesentlichen darauf konzentriert, sich an diejenigen Punkte anzuschließen, die bereits im Vorjahr konsensual gewesen seien. Es sei nicht Aufgabe des Landes, die Strategie vollständig neu zu formulieren. Der Brexit habe in den Verhandlungen durchaus eine Rolle gespielt, jedoch bestehe nach wie vor

noch Unklarheit in Bezug auf die genaue Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. - Minister Claussen ergänzt, es sei bereits absehbar, dass es im Bereich Arzneimittelüberwachung und Lebensmittelüberwachung durch den Brexit verursachte Probleme geben werde. - Auf eine Nachfrage der Abg. Poersch berichtet Herr Pfannkuch, es gebe nichts Neues zum Thema INTERREG.

Zum Titel 684 04 - Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes - fragt Abg. Poersch nach der genauen Ausgestaltung der beabsichtigten Konferenz zur Zukunft Europas. - Minister Claussen antwortet, abhängig von der Coronalage sei geplant, im Jahr 2021 mehrere dezentrale Veranstaltungen durchzuführen. - Herr Pfannkuch berichtet ergänzend, das Ministerium habe bereits frühzeitig begonnen, einen Kooperationspartner zu suchen, um mit überschaubarem Aufwand in der Fläche Veranstaltungen anbieten zu können. Durch die zweite Coronawelle sei jedoch unsicher, in welcher Größe und in welchem Rahmen Präsenzveranstaltungen überhaupt möglich seien. Zudem hätten sich Europäisches Parlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission noch nicht über die genaue Zielsetzung der Konferenz einigen können, auch die Organisationsstruktur sei ungeklärt. Aufgrund der geringen Akzeptanz beim Publikum und der hohen Marktpreise in der Pandemiesituation habe das Ministerium Abstand von der Durchführung von Online-Veranstaltungen genommen.

Kapitel 12 09 - Baumaßnahmen

Zum Einzelplan 12 09 - Baumaßnahmen des Justizministeriums - fragt Abg. Rother nach den Plänen des Landes für die Errichtung eines eigenen Hafthauses für die Unterbringung psychisch auffälliger Gefangener in der JVA Lübeck. - Minister Claussen erklärt, auch wenn die Baumaßnahme nicht unmittelbar bevorstehe, sei doch zu beobachten, dass es einen steigenden Bedarf an entsprechenden Behandlungsmöglichkeiten gebe. Die Landesregierung verfolge weiter den Plan, eine entsprechende Einrichtung an der JVA Lübeck anzusiedeln.

Auf eine Frage des Abg. Rother zur Zukunft der Jugendarrestanstalt Moltsfelde antwortet Minister Claussen, derzeit seien ungefähr acht bis zehn von 58 vorhandenen Plätzen besetzt. Es sei offensichtlich, dass dies nicht wirtschaftlich sei. Die Landesregierung prüfe daher alternative Lösungen. Auf jeden Fall müsse gewährleistet sein, dass der Jugendarrest auch voll-

streckt werden könne. Es handele sich im Moment jedoch nur um Vorüberlegungen ohne einen konkreten Zeitplan. - Auf Bitte des Abg. Rother sichert Minister Claussen zu, bei einem neuen Sachstand den Innen- und Rechtsausschuss entsprechend zu informieren.

Herr Kilian-Georgus bestätigt auf eine entsprechende Frage des Abg. Rother, dass das G-Haus in der JVA Lübeck modernisiert werden solle, wobei auch der Standard der Unterbringung erhöht werde. Dies sei auch zur Umsetzung des in Beratung befindlichen Justizvollzugsmodernisierungsgesetzes erforderlich. Ein Baubeginn sei frühestens 2024 möglich. - Auf eine Nachfrage des Abg. Rother ergänzt Herr Kilian-Georgus, das Land sei dabei, in allen Justizvollzugsanstalten auf Haftraumtelefonie umzustellen. Dies werde dann auch bei der Sanierung des G-Hauses erfolgen. Er sichert zu, die Information über den Zeitplan der Baumaßnahme nachzureichen.

Frau Dr. Schäfer berichtet, der Landesrechnungshof habe die Krankenversorgung im Justizvollzug geprüft und festgestellt, dass die Arbeitsbedingungen für Ärzte dort nicht hinreichend attraktiv seien, um die Stellen besetzen zu können. - Minister Claussen erklärt dazu, die Stellen seien angehoben worden, um zu einer besseren Besetzung zu kommen. - Herr Kilian-Georgus berichtet, es sei gelungen, jeweils eine zweite Arztstelle in der JVA Neumünster und in der JVA Lübeck zu besetzen, Arbeitsbeginn sei jeweils im Laufe des Jahres 2021. - Minister Claussen ergänzt, dass durch die Bedingungen der Coronakrise die Telemedizin in größerem Maße benutzt werde. Auch wenn dies nicht die Behandlung durch einen Arzt in Präsenz ersetze, verbessere es doch die Behandlungsmöglichkeiten und entlaste auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten, die unmittelbar auf ärztlichen Rat zurückgreifen könnten.

Auf mehrere Fragen des Abg. Rother zur Errichtung eines Gesundheitszentrums in der JVA Neumünster berichtet Herr Kilian-Georgus, es sei auch die Errichtung von entsprechenden Untersuchungsräumen für Fachärzte geplant, um Ausführungen zu Fachärzten möglichst zu vermeiden. Die zweite Arztstelle in der JVA Lübeck sei mit einem Psychiater besetzt worden. - Minister Claussen ergänzt, angesichts der Entweichung eines Gefangenen bei einer Ausführung zum UKSH Kiel sei offensichtlich, dass die Behandlung in einem entsprechend ausgebauten Raum innerhalb der JVA zu bevorzugen sei.

(Unterbrechung 15:00 bis 16:00 Uhr)

Einzelplan 07, Kapitel 12 07, 12 12 und 16 07 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

[Umdrucke 19/4897, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)

Bildungsministerin Prien führt in Einzelplan 07 ein (Anlage 5). Auf Fragen von Abg. Raudies und Waldinger-Thiering erwidert sie, die Schülerzahlen gingen in Schleswig-Holstein im Jahr 2021 gegenüber 2020 zurück. Eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer beantwortet die Ministerin dahin, mithilfe des neuen Tools wolle man den Lehrkräftebedarf in den einzelnen Bereichen genauer vorhersagen und in Abstimmung mit den Hochschulen besser decken.

Kapitel 07 01 - Ministerium

Zu Titel 533 02 - Digitalisierung Sachakten - bittet Abg. Raudies das Bildungsministerium, die Berechnungsgrundlage für den Haushaltsansatz nachzuliefern.

Kapitel 07 07 - Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Bei Titel 422 10 - Planstellen der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst für alle Schularten - kritisiert Abg. Vogel die Verteilung der Stellen der LiVs auf die einzelnen Schularten.

Ministerin Prien sagt zu, die Ausschüsse darüber zu unterrichten, wie viele Lehrkräfte für Förderzentren ausgebildet würden. Die genaue Aufteilung der LiV-Stellen erfolge zum Einstellungstermin 1. August 2021.

Kapitel 07 10 - Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Auf Fragen von Abg. Habersaat und Vogel zu Titel 534 02 - Durchführung zusätzlicher Lernangebote in den Sommerferien - teilt Ministerin Prien mit, den Evaluationsbericht zum Lernsommer werde man dem Landtag jetzt übermitteln. Für den Lernsommer 2020 flössen rund 700.000 € ab. Schülerinnen und Schüler, die in diesem Schuljahr ihren Abschluss machten, wolle man durch verschiedene Maßnahmen während des laufenden Schuljahres unterstützen

(2,7 Millionen €). Darüber hinaus denke man darüber nach, in den Sommer- und Herbstferien 2021 Lernangebote zu machen, in erster Linie mit Lehramtsstudierenden (1,5 Millionen €).

Auf eine Frage von Abg. Habersaat zu Titel 671 31 - Billigkeitsleistungen gemäß § 53 LHO an Eltern beziehungsweise volljährige Schülerinnen und Schüler - antwortet die Ministerin, mit der Abwicklung der Erstattung von Stornokosten für Klassenfahrten seien zehn Studierende sowie Mitarbeiter des Ministeriums beschäftigt. Inzwischen seien 514.000 € für die Erstattung von Stornokosten ausgezahlt worden. Man rechne mit einem Mehrbedarf von 800.000 € für das zweite Schulhalbjahr 2020. Die Erstattung von Stornokosten für Klassenfahrten im Jahr 2021 habe man bisher nicht vorgesehen.

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering zu Titel 233 18 - Beteiligung der Kommunen an den Schullasten des Landes für die Finanzierung der deutschen allgemeinbildenden Privatschulen - bestätigt Herr Grundmann, Referatsleiter im Bildungsministerium, die reinen Sachkostensätze stammten aus dem Jahr 2010 und müssten in den nächsten Jahren überprüft werden; darüber sei man mit den Verbänden im Gespräch.

Auf Fragen von Abg. Vogel zu Titel 525 06 - Qualifizierung von Vertretungslehrkräften - antwortet Ministerin Prien, die Qualifizierung der Vertretungslehrkräfte habe in diesem Jahr nicht umgesetzt werden können. Bei Titel 536 09 - Schulklassen auf dem Bauernhof - fielen auch die Kosten für die Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer zur Umsetzung des Programms an; außerdem seien anfangs Kosten für die Entwicklung entsprechender Materialien angefallen.

Bei Maßnahmegruppe 18 - Bildungsketten, Berufshochschule S-H - bittet Abg. Habersaat darum, dem Bildungsausschuss die Bildungsketten-Vereinbarung mit dem Bund zuzuleiten und das Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Bildungsausschusssitzungen zu setzen. Zu Maßnahmegruppe 65 - Handlungskonzept PLuS/STEP - fragt er, inwieweit die Zuständigkeit beziehungsweise die Gelder bereits auf das Arbeitsministerium übergegangen seien und die Träger Entfristungen vornehmen könnten.

Ministerin Prien sagt hierzu eine schriftliche Antwort zu. Es sei geplant, dem Landtag den Bericht zur schulischen Assistenz Ende Januar 2021 zuzuleiten (Titel 428 24). Auf eine Frage

von Abg. Herdejürgen zu der Bildungsketten-Vereinbarung mit dem Bund antwortet sie, man gehe davon aus, dass der Bund auch die Mittel für die von ihm nicht als prioritär angesehenen Projekte Berufshochschule S-H und Plattform zur Vermittlung von Studienabbrechern (jeweils 110.000 €) zur Verfügung stellen werde. Veranschlagt würden die Planungskosten und die Kofinanzierungsmittel.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 534 01 - Gesunde Schule - bestätigt die Ministerin, dass die Leitstelle Betriebliches Gesundheitsmanagement und Suchtprävention der Staatskanzlei eingebunden sei.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 543 02 - Maßnahmen zur Förderung des digitalen Lernens an Schulen - antwortet Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, die Betriebskosten für die Digitalisierung seien in Einzelplan 14 veranschlagt (S. 39).

Abg. Raudies regt an, dass sich Finanz- und Bildungsausschuss in gemeinsamer Sitzung einmal mit dem Thema Folgekosten der Digitalisierung der Schulen befassen.

Bei Titel 632 01 - Erstattung von verauslagten Schulkostenbeiträgen für schulpflichtige Heimkinder aus Hamburg - fragt Abg. Waldinger-Thiering, wie viele Heimkinder aus Hamburg in Schleswig-Holstein beschult würden.

Eine Frage von Abg. Raudies zu Investitionsbedarfen im Zusammenhang mit G 8/G 9 beantwortet die Ministerin dahin, aufseiten der Landesregierung gebe es keine Initiative, die über die mit den kommunalen Landesverbänden getroffene Vereinbarung hinausgehe.

Kapitel 07 16 - Berufsbildende Schulen

Auf Fragen von Abg. Habersaat und Raudies zu Titel 535 03 - Ausgaben für den Quereinstieg in den Erzieherberuf - stellt Ministerin Prien klar, das Land werde sich an der neu etablierten PiA-Ausbildungsform finanziell nicht beteiligen. In elf Kreisen gebe es Interesse, PiA-Klassen

einzurichten. Sie gehe davon aus, dass die Frage der Finanzierung unter den Trägern geklärt sei.

Kapitel 07 20 - Hochschulen

Bei Titel 685 42 - Zuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen und Integration von Flüchtlingen an den Hochschulen - bittet Abg. Dr. Dunckel das Wissenschaftsministerium, die genannten Zahlen zur Teilnahme von Flüchtlingen an Maßnahmen der einzelnen Hochschulen zu erläutern. Auf weitere Fragen von Abg. Dr. Dunckel macht Wissenschaftsministerin Prien darauf aufmerksam, dass die Digitalisierung Bestandteil der Zielvereinbarungen sei und das Land den Hochschulen 5 Millionen und weitere 7,5 Millionen € für die Digitalisierung zur Verfügung gestellt habe.

Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Grundei ergänzt, im Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ solle die Mindestquote des unbefristeten Personals angehoben werden. Mit einer Änderung des Hochschulgesetzes könnte man den Spielraum der Hochschulen für Lehrbeauftragte erweitern, sodass Lehrbeauftragte künftig besser vergütet werden könnten.

Kapitel 07 43 - Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 812 01 - Errichtung eines Zentrums für Digitalisierung und Kultur - antwortet Kulturministerin Prien, die neue Landesbibliothek solle alle Kulturinstitutionen im Lande bei der digitalen Transformation unterstützen und so umgebaut werden, dass sie von möglichst vielen Menschen analog oder digital aufgesucht werde.

Kapitel 16 07

Auf eine Frage von Abg. Raudies zum Thema Schulbau teilt Bildungsministerin Prien mit, man wolle die entsprechende Richtlinie spätestens bis zum Sommer 2021 erlassen.

Einzelplan 05, Kapitel 12 05 und 16 05 Finanzministerium

[Umdrucke 19/4891, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)

Finanzministerin Heinold führt in Einzelplan 05 ein (Anlage 6). Auf eine Frage von Abg. Raudies zur Reform der Grundsteuer bemerkt die Ministerin, ihr Interesse sei, dass sich die Koalition möglichst noch in diesem Jahr auf ein Modell verständige.

Kapitel 05 01 - Allgemeine Angelegenheiten

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. Ä. - warnt Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, davor, den Haushaltsansatz für unvorhergesehene Gutachten zu reduzieren.

Auf eine Frage von Abg. Raudies erwidert Ministerin Heinold, die Landesregierung habe die neue A-12-Stelle zur Koordinierung der Klimastrategie nicht im Umwelt-, sondern im Finanzministerium angesiedelt, weil die Bereiche Bauen und Beschaffung in den Geschäftsbereich des Finanzministeriums fielen.

Kapitel 05 05 - Steuerwesen

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 518 99 - Leasingraten für Kraftfahrzeuge - antwortet Frau Reese-Cloosters, gekaufte Kraftfahrzeuge müssten in Abgang gestellt und stattdessen Auto geleast werden.

Zu Titel 535 01 - Zinsansprüche aus der Anfechtung im Insolvenzverfahren - bittet Abg. Raudies das Finanzministerium um eine Übersicht über die Ausgaben der letzten fünf Jahre.

Kapitel 05 06 - Wirtschaft

Bei Titel 124 01 - Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung - möchte Abg. Petersdotter wissen, ob auch in anderen Einzelplänen Einnahmen aus Jagdpachten veranschlagt seien.

Bei Titel 533 07 - IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen - bittet Abg. Raudies die Landesregierung um eine Übersicht aller Serviceverträge zwischen Einrichtungen des Landes und Dataport.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 526 99 - Kosten für Sachverständige, Gutachten u. Ä. - wirbt Frau Reese-Cloosters dafür, den Titel auskömmlich zu dotieren. Auch wenn man die Rahmenverträge für rechtliche Beratungen, für Beratungen in medizinischen und medizintechnischen Fragen sowie für Fragestellungen der Krankenhauslogistik und des Medizin-Controllings mit der gebotenen Zurückhaltung in Anspruch nehme, sei man gerade bei der Ausstattung des UKSH mit Medizintechnik und der Sanierung der Bestandsgebäude auf externe Expertise angewiesen.

Einzelplan 11, Kapitel 12 11, 12 20, 12 21, 12 22, 16 11 und 16 12 Allgemeine Finanzverwaltung

[Umdrucke 19/4898, 19/4882, 19/4883 und 19/4887](#)

Ministerin Heinold führt in Einzelplan 11 ein (Anlage 7).

Kapitel 11 02 - Finanzzuweisungen

Bei Titel 633 24 - Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen gemäß § 16 FAG - bittet Abg. Raudies um eine Liste der geförderten Frauenberatungsstellen.

Kapitel 11 05 - Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu den Einnahmetiteln erwidert Frau Reese-Cloosters, es sei nicht möglich, die Auswirkungen der Zu- und Abgänge von Beamten genau zu kalkulieren.

Kapitel 11 11 - Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 461 01 - Globale Mehrausgaben für Personalausgaben - sagt Ministerin Heinold zu, die Kalkulation des Ansatzes schriftlich zu erläutern.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 461 02 - Vorgriffsstunde - antwortet Ministerin Heinold, der Ansatz sei schwer zu kalkulieren, weil man nicht wisse, ob betroffene Lehrkräfte vorzeitig in Ruhestand gingen.

Mit dem Thema Baumaßnahmen am UKSH (Titel 685 04, 711 02 und 891 01) will sich der Beteiligungsausschuss im Januar 2021 befassen.

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu Titel 971 05 - Vorsorge für Flächenrecycling - sagt Ministerin Heinold zu, dem Finanzausschuss das Konzept rechtzeitig vor der zweiten Lesung des Haushalts zuzuleiten.

Kapitel 11 16 - Kredite, Finanzderivate, Schulden

Zu Titel 595 04 - Tilgung Kreditmarkt aus der Schuldenübernahme der LVSH - bittet Abg. Petersdotter das Finanzministerium, die jährlichen Tilgungsraten mitzuteilen.

Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Finanzministerin Heinold kündigt an, dass man angesichts der großen Bauvolumina bei den Personalkosten der GMSH im Wege der Nachschiebeliste noch nachsteuern werde. Erfreulich sei, dass man im Hochschulbereich deutlich besser vorankomme als in den letzten Jahrzehnten. - Nachfragen zu Einzelplan 12 werden nicht gestellt.

Einzelplan 16 - InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)

Finanzministerin Heinold kündigt an, dass sich die Summe der Kita-Gelder von 40 Millionen € im nächsten Jahr zugunsten der Verpflichtungsermächtigungen reduzieren werde. - Nachfragen zu Einzelplan 16 werden nicht gestellt.

3. Verschiedenes

Zum vertraulichen Umdruck 19/4919 - Steuerlicher Querverbund in Kommunen - kündigt Ministerin Heinold an, dem Finanzausschuss einen neuen öffentlichen Umdruck zuzuleiten, der den vertraulichen Umdruck ersetze.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer